

# Der Maler

Organ des Verbandes der

## Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Gesamt-Comité

Abonnementspreis 1,50 M pro Quartal bei freier Zusendung unter Kreuzband 2 M.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:

Hamburg 88, Alster-Terrasse Nr. 10  
Fernsprecher: Nordsee 6248

Postfachkonto:

Vermögensverwaltung des Verbandes  
Hamburg 11598

### Ein unberufener Ratgeber.

In Nr. 22 der „Sächsischen Malerzeitung“ läßt ein Walter Burgholz einen Artikel über die gegenwärtige Wirtschaft-, Kultur- und Staatspolitik der Maler-Innungsverbände. Das Geplätscher zeigt, daß der Verfasser über den künftigen Stand unseres Berufes und die Stellung, die den Organisationen dazu einnehmen, nur sehr oberflächlich unterrichtet ist; trotzdem er so gnädig, dem Malerwerke zu beschreiben, daß in ihm im vergangenen Halbjahr „eine ernste Besinnung auf die allgemeinen Standesangelegenheiten festzustellen war“ und daß der Versuch gelungen sei, gegenwärtigen Schäden des Standes festzustellen und geeignete Heilmethoden zu überwinden. Also alles gut und schön. Nur die im Malergewerbe getriebene Unpolitik paßt dem guten Manne nicht, und dabei zeigt denn seine Unkenntnis der maßgebenden Verhältnisse offenkundigsten. Hier macht er sich einfach die Meinung gewisser Großunternehmer zu eigen, nach der man die Volkswirtschaft nur mit niedrigsten Löhnen wieder aufbauen kann und die Schäden des von der Arbeiterschaft am meisten gebasteten Krieges lediglich und ausgerechnet nur durch diesen wieder eingeholt werden müßten. Man müsse sich gedrückte Löhne, niedrigste Preise für Malerarbeiten und so die Schließung von Betrieben wegen ungelinder Aufträge verhindern. Damit würde auch der Wirtschaft am besten vorgebeugt; denn dann könnten diese Bevölkerungsschichten ihre Reparaturarbeiten nicht an arbeitslose Gehilfen vergeben.

Angesichts solcher Perspektiven gefällt es Herrn Burgholz nicht, daß die Führer des Reichsbundes derer Arbeitgeber wiederholt erklärt haben, daß die Löhne gerecht sein müßten, und daß ein Gewerbe, das die höchsten Löhne zahle, wirtschaftlich meist am schlechtesten lebe. Diese Winsenwahrheit geht dem gelehrten Artikelreiter nicht ein. Das ist seiner Meinung nach sehr vornehm gedacht, dem Malergewerbe aber nicht bekömmlich. Die Primäre sei immer die Rentabilität und Produktivität des Wirtschaftsgebietes. Wenn nur ein „knapper Lohn“ abgeholt werden könne, um ein Gewerbe in Gang zu halten, sei das eben der „gerechte Lohn“, woraus also folgert, daß Gewerbe mit den miserabelsten Löhnen am rentabelsten sei. Die jetzt im Malergewerbe bestehenden Löhne hält Burgholz selbstverständlich nach alledem für ungerecht; in all seine flache, jede tiefere Wirtschaftskennntnis verneinende Schreiberei um diese Tatsache herum zeigt nur, daß sehr er die brutale Gesinnung derer bemängeln möchte, die in Zeiten steigender Lebenshaltungskosten die Löhne drücken und gleichzeitig durch verlängerte Arbeitszeit die Arbeitslosigkeit vergrößern wollen, um mit Hilfe des immer größer werdenden Heeres der Arbeitslosen die Löhne weiter tiefer herabzudrücken.

Natürlich wissen die meisten in ihren Betrieben und ihrer Organisation praktisch tätigen Arbeitgeber, nicht gerade die des Malergewerbes, daß die Dinge wesentlich anders liegen. Stehen die Löhne unter dem der herrschenden Kulturlage angemessenen Existenzminimum, so werden die Gehilfen, ob sie mögen oder nicht, durch verlorene Puscharbeit, andere ferner durch kümmerlichste Inneisterei ihre Einkommen zu erhöhen suchen. Beide werden die Arbeitspreise ganz naturgemäß immer tiefer abdrücken. Schließlich müssen diese Treiben auch ältere und verfallen gebliebene Geschäfte mitmachen oder ihre Betriebe — trotz und gerade wegen der herabgedrückten Löhne — schließen, indes die Auftraggeber ihre Arbeiten weiter — wenn auch minderwertiger — ausgeführt bekommen, als es bei einer vernünftigen, den tatsächlichen Verhältnissen angepassten Lohnpolitik möglich wäre, die dem Berufe die zu seinem Gedeihen unerlässliche Grundlage nicht entzieht: eine angemessen bezahlte, nicht allsäm ausgebeutete Arbeiterschaft.

Die Befürchtung, daß schlechte Löhne einen Teil der Arbeiter der Industrie zutreiben, teilt dieser berufsbewußte

### Größere Rührigkeit

in allen Kreisen der Kollegenschaft zu entfalten, muß nun vornehmste Aufgabe der Filialen in den kommenden Monaten sein. Die Nürnberger Generalversammlung, auf deren Arbeiten wir in der nächsten Nummer noch weiter zu sprechen kommen, hat unserer Organisation die Lösung hoher Aufgaben gestellt, die die Mitarbeit jedes Mitgliedes erfordern. Es genügt nicht, nur als zahlendes Mitglied dem Verbände anzugehören und im übrigen sich um weiter nichts zu kümmern. Jeder Kollege muß heutigentags ein Fackelträger des Verbandes sein für die zahlreich noch in der Finsternis und Gleichgültigkeit Herumirrenden. Durch stete Agitation für unsern Verband, wo sich nur immer Gelegenheit bietet, durch praktische Mitarbeit in Wort und Tat, kann auch der jüngste Mitkämpfer vieles erreichen. Jeder Verbandskollege muß es als seine Ehrenpflicht betrachten, neue Mitglieder der Organisation zuzuführen. Bringt die noch fernstehenden Berufskollegen in die Betriebszusammenkünfte, in unsere Filialversammlungen, damit sie sich informieren über den Zweck und die großen Aufgaben unseres Verbandes für die Zukunft! Alle Errungenschaften, alle Verbesserungen beruflicher, wirtschaftlicher und sozialer Natur in unserm Gewerbe sind dem Bestehen und Wirken unserer Organisation zu verdanken. Nichts wurde uns freiwillig gegeben, jeder Vorteil mußte durch Kampf errungen werden! Kampf aber bedeutet Organisation, Zusammenschluß aller im Gewerbe Tätiger, die nur um sich blicken dürfen, um zu erkennen, wie nur durch das Band der Solidarität so gewaltige Verbesserungen erzielt werden konnten und weitere Fortschritte erkämpft werden müssen. Nur gewerkschaftlicher Offenmut, aber in der Werbung neuer Mitarbeiter gipfeln, verbürgt sichern Erfolg!

### Darum auf zu eifriger, rühriger Werbearbeit für unsern Verband!

freundliche Herr nicht, nimmt er doch an, daß es sich dort nur um laufende Anstricharbeiten aus „betriebsinternen Notwendigkeiten“ heraus handelt, die mit der Lohnlage im Malergewerbe wenig zu tun hätten. Vor solcher Weisheit streichen wir einfach die Segel, hoffen jedoch, daß dem gelehrten Herrn von jenen, die glauben, ohne seinen Rat nicht auskommen zu können, klargemacht wird, daß seine Begeisterung für eine Lohnpolitik, die die Ausbeutung der Gehilfenschaft zum Ziele haben soll, eine Grenze in der Tatsache findet, daß die betroffene Arbeiterschaft, die doch wohl auch ein Wort mitzureden hat, sich das nicht lange würde bieten lassen. Zu diesem Zwecke hat sie sich eine Berufsorganisation geschaffen, die dafür sorgt, daß die Bäume derer um Herrn Burgholz nicht in den Himmel wachsen. Ist doch erst kürzlich wieder einigen Arbeitgebergruppen des Malergewerbes, die da glaubten, die selbsterfolgte zentrale Lohnpolitik zu ihrem einseitigen Vorteil verlassen und den hier kritisierten Ideen ohne Gefahr folgen zu können, gezeigt worden, daß ihre Arbeiter schließlich keine Heulosen sind. Sie haben erfahren müssen, daß unsere Organisation ein Faktor ist, der sich gern auf einer vernünftigen Linie verständigt, jedoch jeder einseitigen, zum Schaden unseres Gewerbes und seiner Arbeiterschaft betriebenen Interessenpolitik im richtigen Moment den schärfsten Kampf ansagt.

### Internationale soziale Bewegung.

Die Organisationsfreiheit der Gewerkschaften.

Wie stark heute noch die reaktionären Kräfte und Strömungen sind, dafür zeugt die Behandlung, die der Frage der gewerkschaftlichen Freiheit in einer Anzahl von Ländern zuteil wird. Nachdem Mussolini in Italien die Freiheiten der gewerkschaftlichen Organisationen vollkommen ausgeschaltet und an deren Stelle eine staatliche Zwangsorganisation der Arbeitnehmer errichtet hat, wurde kürzlich in England als Sieg der Reaktion ein Gewerkschaftsgesetz von der konservativen Parlamentsmehrheit angenommen, das in scharfer Provokation der gesamten Arbeiterschaft die Freiheiten und Rechte der Gewerkschaften angreift. Die Möglichkeit der Streikführung wurde außerordentlich eingeschränkt, besonders durch die Unstetigkeit, die in bezug auf die Rechtslage bei Streiks auf Grund des neuen Gesetzes entstehen muß. Verboten ist jeder Streik, der „über den Rahmen einer beruflichen Streitigkeit innerhalb einer Industrie hinaus noch ein anderes Ziel verfolgt und geeignet ist, die Regierung in eine Zwangslage zu bringen und der Allgemeinheit Entbehrungen aufzuerlegen.“ Sympathiestreiks werden gesetzlich verboten, ohne daß eine scharfe Abgrenzung des Begriffs des Sympathiestreiks erfolgt wäre. Das Streikposten stehen soll künftig erschwert, ja fast unmöglich gemacht werden. Eine jede „Einschüchterung“ wird unter Strafe gestellt, wobei freilich der Auslegung der Gerichte der breiteste Spielraum gelassen ist. Die gewerkschaftliche Organisationsfreiheit der durch die öffentliche Hand angestellten Arbeitnehmer wurde verboten. Von Arbeitnehmern dürfen für politische Zwecke, d. h. in erster Linie für Wahlsonds der Arbeiterpartei, Beiträge nur im Falle ihrer ausdrücklichen Zustimmung, und zwar jedes einzelnen Arbeiters, erhoben werden. Auf diese Weise wollen die aus Mitteln des Großkapitals gespeisten bürgerlichen Parteien die Wahlerfolge der Arbeiterpartei erschweren. Die Regierung beabsichtigt jetzt, eine Kommission zur Begutachtung eines neuen Schlichtungsverfahrens für die Beilegung von Arbeitsstreitigkeiten einzusetzen. Die Arbeiterpartei hat die Teilnahme an dieser Kommission abgelehnt, solange das die gewerkschaftlichen Freiheiten erdrückende Schandgesetz in Kraft bleiben wird.

Auch in anderen Ländern erfolgten Angriffe auf die gewerkschaftlichen Freiheiten. Die Beamten in den öffentlichen Diensten werden in einer Anzahl von Ländern vom Wege der Organisation abgedrängt, wie kürzlich in Norwegen. In Dänemark wurden die Gewerkschaften durch Gerichtsurteile auf Grund von reaktionärer Auslegung der vorhandenen Bestimmungen zur Bezahlung von hohen Schadenersatzsummen verpflichtet. In Bulgarien werden die Gewerkschaften durch das herrschende System des weißen Terrors weiter verfolgt und unterdrückt. Das südafrikanische Gewerkschaftsgesetz, das die junge, sich aber stark entwickelnde Gewerkschaft der Eingeborenen (Verband der Industrie- und Handelsarbeiter) unterdrücken und deren Führer zur Ohnmacht verurteilen sollte, konnte im letzten Augenblick, nicht zuletzt durch das Eingreifen des Internationalen Gewerkschaftsbundes, vereitelt werden. Bekanntlich hat sich der Verband vor einiger Zeit als erste gewerkschaftliche Organisation von Farbigen dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossen.

Bei der jüngst stattgefundenen 10. Konferenz des Internationalen Arbeitsamts stand die Frage der gewerkschaftlichen Freiheiten ebenfalls auf der Tagesordnung. Auch hier zeigte sich, welche Widerstände die gewerkschaftlichen Organisationen noch zu überwinden haben. Es handelte sich diesmal lediglich um die Ausarbeitung eines Fragebogens für die nächste Konferenz, die dann das Problem selbst hätte behandeln sollen. Die Unternehmer und auch die Vertreter einer Anzahl von Regierungen gaben aber ihre reaktionären Absichten bereits bei der Abfassung der Fragen so deutlich kund, daß die Vertreter der Arbeitnehmer der Stellung solcher Fragen ihre Zustimmung nicht geben konnten, weshalb das ganze Problem von der Tagesordnung auch der nächsten Konferenz verschwinden mußte. Bezeichnend für das Verhalten vieler Regierungen ist es, daß sie im Gegensatz zu den Statuten des Internationalen Arbeitsamts entweder keine Arbeiterdelegierten auf die Konferenz entsandten oder aber solche, die nicht den großen, maßgebenden Gewerkschaften, sondern unbedeutenden, aber den betreffenden Regierungen gefügigen Organisationen angehören.

Auf der Konferenz des Internationalen Arbeitsamts wurden außer der erwähnten Frage der gewerkschaftlichen Freiheiten noch zwei Probleme behandelt, die der Krankenversicherung und der Mindestlöhne. Bei letzterer handelte es sich ebenfalls nur um die Ausarbeitung eines Fragebogens über die Festsetzung von Mindestlöhnen für Arbeitnehmer mit unzulänglicher Organisation und ausnehmend niedrigen Löhnen, ins-

besondere für Heimarbeiter. In bezug auf die Krankenversicherung, die sich bereits im Stadium der zweiten Beratung befand, konnten zwei Uebereinkommen und ein Vorschlag angenommen werden. In den Uebereinkommen wurden nur die allgemeinen Grundzüge bzw. das Mindestmaß der Leistungen bestimmt, um die sozialpolitisch weniger fortgeschrittenen Länder nicht mit weitgehenden Forderungen zu belasten. Als Grundprinzip wurde die Verpflichtungspflicht der Arbeitnehmer angenommen. Doch steht das Uebereinkommen die Möglichkeit weitgehender Ausnahmen aus der Versicherungspflicht vor. Den Versicherten soll im Falle einer Arbeitsunfähigkeit Krankengeld wenigstens während der ersten 26 Wochen der Arbeitsunfähigkeit zustehen; neben dem Krankengeld ist Krankenpflege vorgesehen. In bezug auf die Organisation der Krankenversicherung wollen die Uebereinkommensentwürfe nur gewisse Grundforderungen sicherstellen, wie: Selbstverwaltung, Beteiligung der Versicherten an der Geschäftsführung, Aufbringung der Mittel unter Beteiligung der Arbeitnehmer und ihrer Arbeitgeber usw. Die Vorschläge enthalten Maßnahmen, die den in den Uebereinkommen aufgestellten Rahmen im einzelnen auszufüllen geeignet sind. Das zweite Uebereinkommen bezieht sich auf die Landarbeiter und ist gleichlautend mit dem ersten für die Arbeitnehmer in Industrie und Gewerbe. Es wurde von diesem nur getrennt, um die Annahme des Uebereinkommens seitens Ländern, die keine Krankenversicherung für die Landarbeiter einführen wollen, wenigstens das Uebereinkommen für die Industriearbeiter zu sichern, — ein Ausweg, der keineswegs unbedenklich ist. Obwohl kaum einige Stimmen gegen die Uebereinkommen bzw. den Vorschlag abgegeben wurden, wäre deren Annahme dennoch fast an der Stimmenthaltung der Arbeitgeber gescheitert. Die zur Annahme erforderliche Mindestzahl von Stimmen (mindestens die Hälfte der an der Konferenz teilnehmenden Vertreter) wurde kaum erreicht. Obwohl die Entwürfe außerordentlich vorsichtig abgefaßt waren, um die Regierungen der betreffenden Länder nicht zu verpflichten, haben die Arbeitgebervertreter durch Stimmenthaltung die internationale Regelung der Krankenversicherung beinahe zum Scheitern gebracht.

Als ein Zug der sozialpolitischen Reaktion sollen die Bestrebungen zur Wiedereinführung der Nachtarbeit in den Bäckereien in einer Anzahl von Ländern bezeichnet werden. In Italien wurde kürzlich die Nachtarbeit in den Großbäckereien gestattet. In Finnland wurde das Bäckereigesetz verschlechtert, in Chile will man ein Gesetz über die Abschaffung des Nachtverbots einführen, während die Schweizer Regierung sich für die Ablehnung der Ratifizierung des Genfer Uebereinkommens über das Nachtbäckerverbot erklärte. In Deutschland beabsichtigt die Regierung, in den Bäckereien die 60stündige Arbeit einzuführen.

Der große Streik im amerikanischen Weichkohlenbergbau dauert noch fort. Sein Ausgang ist noch ungewiß. In Spanien wird ein Generalstreik der Textilarbeiter geführt. In der Tschechoslowakei ein großer Streik bzw. Aussperrung in der Seidenindustrie, in Frankreich ein Streik der Fischer in der Bretagne, in Bulgarien ein umfangreicher Streik der Tabakarbeiter. Der Streik im polnisch-oberschlesischen Kohlenbergbau hat sich verschärft, da die Unternehmer von ihrer Forderung einer 3prozentigen Lohnherabsetzung nicht abgeben wollen.

Die Arbeitslosigkeit hat sich in einer Anzahl von Ländern saisonmäßig gebessert; in Deutschland auch infolge der Konjunkturbesserung, in Frankreich infolge des Einströmens von Auslandskapital und finanzieller Befestigung. In Oesterreich, Ungarn, Polen usw. hat sich der Beschäftigungsgrad nicht unerheblich gebessert. Verschärft hat sich die Lage allein in Italien, wo eine unvernünftig herbeigeführte Deflationskrise eine außerordentlich große Arbeitslosigkeit erzeugte. Die Krise soll nun in erster Linie durch drastische Lohnherabsetzungen überwunden werden. In England ist die Zahl der Arbeitslosen, die im Mai unter die Einemillionziffer sank, im Juni wieder darüber gestiegen.

### Die Tagung des Fachauschusses für Anstrichtechnik.

Der Fachauschuss für Anstrichtechnik im Verein deutscher Ingenieure hat im Rahmen der diesjährigen Hauptversammlung des Vereins in Mannheim am 28. Mai seine erste öffentliche Tagung abgehalten und durch deren Verlauf den Beweis für die Notwendigkeit und die wirtschaftliche Bedeutung seiner Gründung erbracht. Zum erstenmal waren hier fast alle am Anstrichwesen interessierten Kreise zu gemeinsamer Arbeit vereint, um durch Anregung zu wissenschaftlicher Erforschung und Förderung der Anstrichmittelprobleme die Qualität der Anstrichstoffe zu erhöhen, die Anstrichtechnik zu verbessern und soweit zu verbilligen, daß einerseits dem Anstrichnehmer die rechtzeitige und zweckentsprechende Anstrichserneuerung möglich wird und andererseits die auf Anstrich angewiesenen Industriekreise immer besser und billiger arbeiten lernen. Angesichts dieses sehr weitgesteckten Arbeitszieles wird es der Fachauschuss für Anstrichtechnik begrüßen, wenn von interessierten Kreisen besonders wichtige Anstrichprobleme gestellt werden, um deren baldige Bearbeitung an den dafür in Frage kommenden Stellen zu ermöglichen. — Auf der Tagung wurden drei wichtige Vorträge gehalten: 1. Welche Aufgaben erwachsen dem Ingenieur durch die Entwicklung in der Anstrichtechnik? Dr.-Ing. Nettmann, Charlottenburg. 2. Schnellprüfung von Anstrichstoffen? Dr. phil. Schulz, Kirchmöser. 3. Eisenbeschichtung durch Anstrich. Prof. Dr. phil. Maack, Berlin.

Dr. Nettmann hat in seinem Vortrag hauptsächlich Bericht erstattet über die Entwicklung der Spritzlackiermethoden und auf die neue Möglichkeit hingewiesen, Anstrichmittel mit Niederdruck-Lackierpistole auch ohne die sonst gefürchteten Farbnebel versprühen zu können. Durch diese glaubt man für verschiedene Anstrichzwecke auf die Anbringung kostspieliger Absaugvorrichtungen verzichten zu können. Für die Spritzgeräte-Lieferfirmen bleibt aber noch die Frage offen, neben den bisher eingeführten stationären Spritzanlagen leicht bewegliche und billige Spritzverfahren überall in Innenräumen anzuwenden. Auch für Haus-Außenanstriche und alle sonstigen Anstrich- und Lackierarbeiten, für welche eine ortsfeste Spritzanlage nicht in Frage kommen kann, fehlt ein leichtes und bewegliches Gerät. Bei der Konstruktion derartiger Spritzapparate muß Rücksicht darauf genommen werden, daß nicht überall Elektrizität als Antriebskraft zur Verfügung steht und daß deswegen Spritzapparaturen mit Kleinmotoren vorgezogen werden müssen.

Im Anschluß an den Vortrag von Dr. Nettmann hat die Reichsbahn einen in ihren Werkstätten aufgenommenen Film über Anstriche gezeigt, der die praktische Anwendung des Spritzlackierverfahrens bei Güter- und Personenwagen und die verschiedenen Typen der Spritzpistole zeigte. Daneben zeigte der Film die Arbeitsweise einer Anstrichmaschine, die es durch mechanischen Anstrich mittels Walzenpinsel ermöglicht, die für den Güterwagenbau benutzten Bretter gleichzeitig auf beiden Seiten verschiedenfarbig, außen rot und innen grau, zu streichen. Im selben Arbeitsgang werden auf der Maschine auch die Nut- und Feder dieser Bretter mit einem Anstrich versehen.

Die Reichsbahn hat mit diesem Film und den Kalkulationskafeln, die einen Vergleich zwischen den alten Anstrichmethoden von Hand und den neuzeitlichen Anstrichmethoden ermöglichen, die wirtschaftliche Bedeutung der neuen Anstrichverfahren bewiesen. Es wäre deshalb begrüßenswert, wenn die Reichsbahn den Film auch für weitere Tagungen am Anstrich interessierter Kreise zur Verfügung stellen würde.

Im Rahmen der Fachtagung werden weiter diejenigen Lackierarbeiten, die im Film vorgeführt werden, auch praktisch an einer Anzahl spritzlackierter Waggonen auf dem Mannheimer Bahnhof gezeigt. Es waren gespritzte Güterwagen, sowie einige gespritzte Personenwagen nach dem Dellackierverfahren, ferner schnelllackierte Wagen nach den verschiedenen Nitrozellulose-Verfahren ausgestellt.

An einzelnen Stellen der Personenwagen wurde auch das Spritzlackierverfahren mit Nitrolacken gezeigt.

Dr. Schulz, Kirchmöser, berichtete ausführlich über den von der Reichsbahn-Gesellschaft ausgebauten Schnellverfahren von Anstrichstoffen, durch die in einem Durchgang von rund 6 Wochen vergleichsweise die Wirkung einer Witterprüfung von etwa 2 Jahren nachgeahmt werden kann.

Der dritte Vortrag von Prof. Dr. Maack, Berlin über Eisenbeschichtung durch Anstrich behandelte eingehend die vielseitige Gebiet. Die Fülle der Probleme in Zusammenhang mit dem Rostschutzanstrich am besten geeigneten Farbkörper hinsichtlich der Art und Behandlung benötigten Bindemittel, bietet für die wissenschaftlichen Mitarbeiter des Fachauschusses außerordentlich viel Forschungsarbeit.

**Richtigstellung.** In der 1. Spalte der zweiten Seite des „Maler“ Nr. 26 muß die 16. Zeile gestrichen werden. Die Fortsetzung der folgenden Zeile muß lauten: als Stellvertreter des letzteren Kollege Vogt, Leipzig. Stellvertreter des 1. Bezirks sind die Filialen Potsdam und Danzig.

### Aus unserm Beruf

Heilbronn a. N. Unsere Filiale wurde von einem äußerst harten Verlust betroffen durch den plötzlichen ihres in langen Jahren an der Spitze der Filiale gestandenen Kollegen Ludwig Schilling. Seit dem 16. Juni 1894 unserm Verbands, in unerschütterlicher Treue gehörend, stand der Verstorbenen stets in vorderster Reihe im Kampfe und bei der Arbeit für die Interessen der gesamten Kollegenschaft. Auch in der übrigen Arbeiterbewegung, wo es um das Wohl seiner Arbeitsgenossen handelte, war Ludwig Schilling als gerader, aufrechter Mann und verständlicher Charakter bekannt und als Arbeiter geschätzt. Seit Jahren stand er als Hauswart im Dienste der Heilbronner Ortskrankenkassen, und gerade auch von dieser Stellung aus Hervorragendes die Heilbronner Arbeiterchaft geleistet. Seine eine angegriffene Gesundheit nötigte ihn, vor wenigen Wochen sich von dem Amte des Vorsitzenden unserer Heilbronner Filiale entbinden zu lassen. Nun hat der Tod — die eines dritten Schlaganfalls — ihn unerwartet aus der Mitte der Kollegenschaft und seiner Kinder gerissen. Heilbronner Arbeiterchaft und seine Kollegen, für die sein Bestes hingegeben, werden Ludwig Schilling in die Gedanken behalten und durch Weiterwirken in seinem Sinne für das von ihm so heiß erstrebte Ziel kämpfen.

Helmstedt. Im Zeichen wirtschaftlichen Aufschwungs haben auch unsere Helmstedter Kollegen den Malermeistern eine Lohnforderung eingereicht. Hier gibt es Lohnstaffeln, nämlich: 70, 78 und 85 Pf. Eine 20prozentige Forderung hatte die Versammlung beschlossen. Die Maler konnten es nicht verstehen, daß eine Lohnherabsetzung sei und lehnten ab, auch nur einen Pfennig mehr zu zahlen. Bei der nochmaligen Verhandlung gab es die üblichen mentos über die schlechte Lage des Gewerbes. Eine waltige Belastung rief eine Lohnherabsetzung hervor; es an der Zeit, jegliche Lohnherabsetzung abzulehnen; stattdessen Helmstedt wirtschaftlich ganz anders gelagert sei als Städte in Deutschland. Schließlich kam es zu Verhandlungen. Dem Angebot, zu dem Lohn von 85 Pf. 3 Pf. 25. Juni zuzulegen und auf 78 Pfennig 2 Pf. zu erhöhen, die Kollegen im ersten Gehilfenjahr also keine Forderung erhalten, setzten wir unsere berechtigten Forderungen entgegen, unsern Ort mit andern, gleichgearteten Lohnsatz gleichzustellen. Das war aber etwas, was Herren gänzlich untragbar schien. Alle Malermeister wurden zugrunde gehen, sobald der Lohn auch nur um einen Pfennig noch stiege. Den alten Innungsmeistern paß nicht, mit organisierten Malergehilfen verhandeln zu müssen. Das alte Herrenrecht soll erneut triumphieren, klangen die Worte der alten Herren aus. Viel muß Strauben nicht. Der Geist des freien Gewerkschafts-

### Das amerikanische „Paradies der Arbeit“.

Von Professor E. Lederer-Heidelberg.

Der eben veröffentlichte Bericht einer englischen Regierungskommission über die Verhältnisse in den Vereinigten Staaten erregt nach mancher Richtung Interesse, weil er einige landläufige Ansichten korrigiert und die Grenzen zeigt, innerhalb deren das frei schaltende Unternehmerinteresse die sozialen Probleme zu lösen vermag.

Zunächst seien einige Hauptpunkte aus dem Bericht nach dem „Manchester Guardian“ vom 7. April dieses Jahres wiedergegeben.

1. Die großen Kombinationen in der Industrie ermöglichen billige Produktion und niedrige Verkaufspreise. Die Generalunkosten sinken, die einzelnen Betriebsstätten können spezialisiert werden, was wieder die Produktion verbilligt.

2. Vernünftige Standardisierung senkt die Produktionskosten, vermindert die Anzahl der notwendigen Formen und das Risiko der Entwertung bei Änderung des Typs. Dieser Prozeß wird durch Vereinfachung der Formen erleichtert. Mit Recht hebt der Bericht hervor, daß man in Amerika nicht so wie in Europa konservativ an überkommenen Typen festhalte. Das bedeutet einen erheblichen Vorprung in allen Bestrebungen, die auf eine billige und solide Massenproduktion gerichtet sind.

3. Ueberraschend ist die Bedeutung, die dem Absatzgeschäfts nach diesem Bericht zukommen. Im letzten Jahr konnten in den Vereinigten Staaten Waren in einem Werte auf Abzahlung verkauft werden, der ungefähr dem britischen Export in einem normalen Jahr entspricht. Die Außenstände aus Abzahlungsgeschäften schätzt der Bericht im ganzen auf den sehr bedeutenden Betrag von 550 Millionen Pfund gleich 11 Milliarden Mark! Diese Ratengeschäfte haben nicht bloß die Produktionsmöglichkeiten der Industrie gesteigert, weil der Absatz häufiger Jahre oder Monate eskomptiert werden konnte. Darüber hinaus liegt die Bedeutung des Systems

— und dieser Gesichtspunkt ist in der Diskussion vielleicht zu wenig betont worden, auch der Bericht geht an ihm vorüber — in der Steigerung des Beschäftigungsgrades, was eine steigende Lohnsumme bedeutet, also wachsende Kaufkraft auf dem Markte. Derart kann das System, in den richtigen Grenzen angewendet, ähnlich wie eine Lohnherabsetzung wirken.

4. Die Bedeutung, die der Leitung (dem „management“) zuerkannt wird. Sie gilt als ausführendes Organ der Industrie, und ist vom Eigentum wesentlich getrennt. Wichtig ist der Fortschritt in der Technik der Leitung und besonders der Austausch von Erfahrungen durch die völlige Offenheit aller Geschäftsdaten.

5. Arbeitsprobleme: Die Arbeiter akzeptieren den technischen Fortschritt, der immer „die Kosten senkt, den Konsum gesteigert und daher den Beschäftigungsgrad verbessert hat“. Eine große Rolle spiele die Steigerungsmöglichkeit des Lohnes bei höherer Leistung und das rasche Advancement geeigneter Leute, ohne Rücksicht auf ihre Ausbildung und Herkunft. Hier ist also noch das alte amerikanische Prinzip entscheidend, wonach nur die individuelle Leistung für die Tätigkeit und Stellung im Betrieb entscheidend ist.

6. Wo die Arbeiter organisiert sind, besteht eine rege Beziehung zwischen der Geschäftsleitung und den Gewerkschaften. Die Gewerkschaften und einzelne Arbeiter werden in die Probleme der Organisationen und Produktion eingeweiht, sie erhalten die gewünschten und notwendigen Informationen über den Zustand der Industrie, woraus ja überhaupt kein Geheimnis gemacht wird.

Diese Grundzüge der amerikanischen Industrieorganisation sind ja durch andere Untersuchungen bereits im Wesen bekannt. Interessant ist, daß sie einer englischen Kommission besonders stark auffielen. Die konservativen Verhältnisse in der englischen Industrie begründen die Hervorhebung von Tatsachen, die man auch in der deutschen Entwicklung beobachten konnte — besonders die Tendenz zur horizontalen Organisation. Was den amerikanischen Industrie-

aufbau aber unterscheidet, ist offenbar die rasche Umformung der technischen Kapazität in tatsächliche Produktion, gleichzeitiger Senkung der Preise.

Trotzdem vermag dieses System keineswegs die sozialen Probleme zu lösen. Da haben wir in erster Linie direkten und versteckten Kampf gegen die Gewerkschaften überall sucht man Verbände der in einem Unternehmen beschäftigten Arbeiter ins Leben zu rufen (Werkvereine) würden wir in Deutschland sagen), um die Ausbreitung der Gewerkschaften zu verhindern. Das gibt auch Bericht als Grund für die Begünstigung dieser (in Deutschland als gelbe bezeichneten) Werkvereine an. Ein Vergleich zeigt auch, warum die Unternehmer sich gegen die Gewerkschaften wenden, welchen Zweig ihrer Tätigkeit sie fürchten.

Die amerikanischen Arbeitsverhältnisse unterscheiden sich von den europäischen (besonders seit dem Krieg) kanntlich dadurch, daß die Löhne weitaus höher sind in Europa, daß jedoch die soziale Fürsorge fast völlig fehlt. Nach dem Bericht bewegen sich die Löhne in industriellen Zentren des Nordens zwischen 20 und 25 (80 bis 100 M) wöchentlich für ungelernete Arbeiter, von 30 bis 60 Dollar und mehr (das heißt 120 bis 240 und mehr) wöchentlich für gelernete Arbeiter. Die hohen Löhne werden bei den Eisenbahnen, im Baugewerbe im Druckgewerbe und im Anthrazitkohlenbergbau besonders gelernete Arbeiter sind sehr gesucht.

Diese günstigen Löhne bezieht jedoch nur ein Teil der Arbeiterchaft. Sehr gesucht sind die jungen Arbeiter hoher Leistungsfähigkeit. Die Industrie hat aber die Tendenz, das durchschnittliche Alter der Beschäftigten zu senken. Die Rationalisierung wirkt in derselben Richtung. Sie verringert ja zunächst die Anzahl der benötigten Arbeiter und sie steigert wohl auch häufig die Anforderung an die Arbeiter gestellt werden müssen. So ist eine erhebliche Arbeitslosigkeit gegeben. Die Verfasser des Berichtes glauben, daß im Durchschnitt bei einer Gesamtzahl von 12 Millionen industriellen Arbeitern

ird auch die Malermeister Helmstedts aus ihrem Vorn...  
schenkschaft aufwecken. Es gilt jetzt, alle Kollegen  
nd Lehrlinge dem Verband und der Lehr-  
ngsabteilung zuzuführen. Durch Aufklärung  
um Ziel

### Berufsunfälle

**Braunschweig.** Es häufen sich die Unfälle in er-  
breckendem Maße. Leider verdünnen unsere Kollegen  
mer wieder, die Meldungen im Verbandsbüro be-  
anntzugeben. Meist erfahren wir erst von einem Unfall,  
enn der Kollege wieder gesund ist oder ein Todesfall ein-  
tritt. Kollege A. von der Firma Runge arbeitete in einem  
Treppenhaus auf einer Stehleiter. Sie rutschte aus,  
obei der Kollege sich eine Rückenmuskelerkrankung zuzog, an  
elcher er seit drei Wochen erkrankt ist. Bei der Firma  
nennen wuschen zwei Kollegen Decken ab. Sie benutzten  
bei Trittleitern, auf die sie ein Laufbrett gelegt hatten.  
Infolge Bruches eines Leiterbaumes stürzten beide Kolle-  
gen ab. Während Kollege A. mit dem Schrecken davon-  
kam, erlitt der Kollege P. schwere Verletzungen. Er mußte,  
achdem er noch einige Stunden auf der Arbeitsstelle ver-  
blieb, mit dem Krankenwagen in seine Wohnung gebracht  
werden. Nach einiger Zeit starb der Kollege an den Fol-  
gen des Unfalls. Wir warnen unsere Kollegen dringend,  
t allen Leiterarbeiten gleichgültig draußloszuarbeiten.  
Man überzeuge sich, daß die Leitern in gutem Zustand  
nd. Dann machen wir darauf aufmerksam, daß eine  
erordnung des Braunschweiger Arbeitsministeriums be-  
hrt, die besagt, daß zwei Trittleitern nicht mit einem  
reit verbunden sein dürfen. Die Bekanntmachung ist  
m 20. Januar 1922, und besagt im Absatz 2 des § 29,  
ß Trittleitern nicht mit Brettern verbunden sein dürfen,  
n Leben und Gesundheit nicht zu gefährden. Im elge-  
n Interesse der Kollegen bitten wir um Beachtung dieser  
ekanntmachung.

**Marburg.** Infolge eines Unglücksfalls verschied am  
Juni unser Kollege Konrad Preiß. Er stürzte vom  
rist auf einer Höhe von 14 Metern ab. Der Ver-  
glückte, 28 Jahre alt, hinterläßt neben seiner Frau ein  
nd von vier Monaten.

### Aus Unternehmertreffen

#### Bericht über die Tagung des Bundes Deutscher Dekorationsmaler in München.

Vom 27. bis 29. Mai veranstaltete der Bund Deutscher  
korationsmaler seine 10. Tagung. Gleichzeitig fand die  
ffnung der Ausstellung „Raum — Farbe — Form“ statt,  
war nicht sehr umfangreich ist, aber doch ein vortreff-  
es Bild vom Schaffen des deutschen Dekorationsmalers gibt.  
Die Vorträge, die der Eröffnung der Ausstellung folgten,  
en manchen wertvollen Einblick in die Wünsche und  
dürfnisse des Malerhandwerks. Der erste Redner, Ober-  
diendirektor Prof. Otto Rückert, München, besprach  
künstlergedanken über die Entwicklung des Maler-  
handwerks. Seine Ausführungen, in denen er zu den  
agen: Baukunst und Farbe — Der neue Raum — Stil  
er nicht? — Erziehung zum räumlichen Schaffen —  
ellung nahm, boten ihm Gelegenheit, sich auch zu manchen  
nischen Fragen zu äußern. Insbesondere beklagte er  
große Verwirrung, die nach seiner Ansicht durch die  
rbenchemie hervorgerufen würde. Die Erzeugung künst-  
er Farbstoffe habe geradezu schädigend gewirkt, eine  
che Buntheit erzeugt, von der man sich wieder loslösen  
sse. Durch den Umstand, daß immer wieder neue, in  
en Eigenschaften unbekannte Produkte auf den Markt  
nmen, sei der Malerberuf rein technisch kompliziert ge-  
orden, während in anderen Berufen der technische Fort-  
schritt zu einer Vereinfachung geführt habe. — Noch schärfer  
ante der zweite Redner, Maler Emil Rothmann,  
utgart, diese Schwierigkeiten in seinem Vortrag:  
irtschaftliche Zukunftsprobleme des  
alerhandwerks“. Er sprach über den Einfluß der

50 000 arbeitslos sind, ohne diejenigen, die für kurze  
ten oder durch Krankheit, Unfall usw. nicht in den Be-  
ben sind. In der Automobilindustrie von Detroit sum-  
spiel betrage die Arbeitslosigkeit etwa 15 % in nor-  
den Zeiten. Die Durchschnittseinkommen der mittel-  
rigen Arbeiter können sogar nur auf 70 % des Be-  
ges geschätzt werden, der sich bei ganz regelmäßiger Be-  
ftigung ergeben müßte. Nimmt man hinzu, daß aus-  
n Lohn Rücklagen für Krankheit, Unfall und fürs Alter  
acht werden müssen, sei es in Form kostspieliger pri-  
er Versicherungen, sei es in Form von Ersparnissen, so  
umpft die Differenz des Reallohnes gegenüber den  
ppäischen Löhnen noch weiter zusammen.

In verschleiierter Form ist daher auch in Amerika die  
erlegenheit des Unternehmers vorhanden. Die Löhne  
war hoch, aber nur ein Teil der Arbeiter erhält diese  
en Löhne. Die Arbeiter müssen aus den Löhnen eine  
e Anzahl von Bedürfnissen bestreiten, die in Europa  
llgemeinheit oder die Sozialversicherung, wenigleich  
üßförmiger Weise, befriedigt. Auch in Amerika wird also  
n seltenen Fällen der Lohn gezahlt, der möglich und  
irtschaftlich richtig wäre. Beweis dafür ist das unge-  
re Expansionsbedürfnis des amerikanischen Kapitals,  
seine Heberschüsse überall in der Welt anlegen muß,  
die Gewinne in der eigenen Produktion gar nicht  
erbringen kann, weil selbst der hohe Lohn des ameri-  
ischen Arbeiters noch immer eine zu geringe Quote des  
alprodukts ausmacht. So wäre eine kräftige Gewerk-  
tsbewegung nur zu sehr am Platze. Die Unternehmer  
heute noch stark genug, um sie zu verhindern. Es ge-  
t ihnen noch, die gutverdienenden Arbeiter von den  
chtverdienenden zu trennen. Aber es kann nur eine  
ge der Zeit sein, bis die amerikanischen Arbeiter ihr  
erese erkennen und sich nicht eine allgemeine  
perität vorläufig lassen, die in der Tat nur für  
Kapital, nicht aber für die Arbeiterklasse im ganzen  
anden ist.

technischen Neuerungen auf die Arbeitsweise, über Rationali-  
sierungsmaßnahmen und Grenzen, über einseitige künst-  
lerische und kulturelle Bestrebungen und ihre wirtschaftlichen  
Folgen. Seine sehr beachtenswerten Ausführungen ließen  
deutlich erkennen, wie auch in diesem Beruf der Wunsch  
nach Vereinfachung der Technik laut wird. Man konnte  
wohl auch heraus hören, daß der Redner manchen technischen  
Fortschritt günstiger beurteilt, als mancher seiner Kollegen.  
So sprach er sich sehr dafür aus, die vielen technischen  
Neuerungen ernstlich zu prüfen, um wieder ein günstiges  
Verhältnis zwischen Materialpreis und Arbeitslohn zu  
schaffen. Er wies auf die große Gefahr hin, die darin be-  
steht, daß ganze Arbeitsgebiete des Malerhandwerks von  
der Industrie aufgegriffen wurden. Er legte aber auch in  
sehr überzeugenden Ausführungen dar, daß der Verdienst-  
entgang ausgeglichen werden kann durch Verbilligung, weil  
damit eine Zunahme der Aufträge zu erwarten ist. Tat-  
sächlich ist der Wunsch bei vielen vorhanden, sich die Wohn-  
räume bemalen zu lassen, und die hohen Kosten sind für  
viele der einzige Grund, billigere Ausführungsarten zu  
bevorzugen.

Sehr beachtlich waren auch die Darlegungen Rothmanns  
zur Frage der Normung auf dem Gebiete der Anstrich-  
farben, wie überhaupt der Anstrichstoffe und Anstrichmittel.  
Er erblickt in dieser ein außerordentliches wertvolles Mittel,  
dem Maler die rein technische Arbeit zu erleichtern, ihm  
die Sicherheit in der Beherrschung des Materials wieder-  
zugeben. Er bekannte sich als ein Feind jener Geheimnis-  
krämererei, die von mancher Seite zum Schaden des An-  
sehens der Lack- und Farbenindustrie betrieben worden ist.  
Er bezeichnet die Rationalisierung auf dem Gebiete der  
Farben als eine Notwendigkeit, geboten aus der Not der  
Zeit und hofft auch auf die Mithilfe der Industrie. Als  
gute Zeichen begrüßt er zum Beispiel die Beschlüsse des  
Verbandes Deutscher Lackfabrikanten, eine Normalfarben-  
karte zu schaffen.

Der reiche Beifall, der beiden Rednern gespendet  
wurde, zeigte, daß die Anwesenden sich deren Gedanken-  
gängen gern angeschlossen.

### Baugewerbliches

Aus der Bauhüttenbewegung. Der Verband sozialer  
Baubetriebe G. m. b. H., Bezirk Hessen, hatte seinen  
Bezirksvorstand und die Bauhüttengeschäftsführer des Be-  
zirks im Mai nach Frankfurt a. M. zu einer Tagung ge-  
laden, um zunächst einen Vortrag des Leiters der Ab-  
teilung für wirtschaftliche Betriebsführung vom Verband  
sozialer Baubetriebe, Herrn Ingenieur Rode, Berlin,  
entgegenzunehmen. Herr Rode sprach über die Einführung  
in die wirtschaftliche Betriebsführung im Baugewerbe.  
Eine anregende Diskussion in zustimmendem Sinne folgte  
diesem Vortrage. Bezirksleiter Ege teilte mit, daß trotz  
der schweren Krise im Baugewerbe im Jahre 1926 die  
Jahresstatistik eine Gesundung und einen weiteren Auf-  
stieg der Bauhüttenbetriebe im Bezirk Hessen zeige. In  
den handwerksmäßigen Abteilungen wurden Maurer, Zim-  
merer, Dachdecker, Zementkerer, Maler, Tischler, Glaser,  
Schlosser, Rabitzer, Steinmehlen, Pflasterer, Bauhilfs-  
betrieben sind vorhanden: eine Ziegelei, ein Steinbruch,  
ein Schwemmsteinwerk und ein Schieferbergwerk. Der  
Umsatz von 1925 mit 3 875 712 M stieg auf 4 431 153 M in  
1926. Von dem Umsatz entfielen Arbeiten für a) Bauten  
öffentlicher Organe 2 193 651 M, b) Bauten gemeinnütziger  
Gesellschaften 1 449 759 M, c) Bauten Privater 809 739 M.  
An Lohn wurde gezahlt 1 895 508 M, im Vorjahr 1 615 277  
Mark, an Gehältern 155 017 M. Im Jahresdurchschnitt  
wurden 839 Arbeiter, 26 Lehrlinge und 45 Angestellte be-  
schäftigt. Seit Beginn der Bewegung haben die Betriebe  
im Bezirk Hessen an über 2000 Kleinwohnungen die Bau-  
arbeiten zum Teil schlüsselfertig ausgeführt. Die Anlage-  
werke, wie Grundstücke und Gebäude, Lagerplätze, Bau-  
stoffwerke, Maschinen, Einrichtung, Rüstzeug und Geräte,  
Fahrwerke, standen am Jahreschluss 1926 mit 268 029 M  
zu Buch. Die eigenen Mittel, wie Stammkapital, offene  
Reserven, betragen 142 317 M. Sie wurden 1927 durch  
neues Stammkapital um 123 000 M erhöht. Weitere Er-  
höhungen sind für die Betriebe in Achsfenburg, Darm-  
stadt, Gießen und Wiesbaden in Vorbereitung. Neue Auf-  
träge waren für 1927 bis Mitte Mai für 3 066 800 M be-  
reits vorhanden. In der ersten Woche im Mai 1927 wurden  
852 Arbeiter, 71 Lehrlinge und 41 Angestellte beschäftigt.  
An diesen Bezirksbericht schloß sich ein Bericht über die  
Gesamtbewegung im Reich an, der in der letzten Sitzung  
des Rates des Verbandes sozialer Baubetriebe, Berlin,  
im April mitgeteilt wurde. Nach einer anregend ver-  
laufenen Diskussion wurde die Tagung beendet. Nach-  
mittags beschäftigten alsdann sämtliche Anwesenden die im  
Bau befindliche Großmarkthalle in Frankfurt a. M. Alle  
Freunde der Bauhüttenbewegung und Anhänger der Ge-  
meinwirtschaft werden gebeten, soweit sie Einfluß auf die  
Vergebung von Bauarbeiten jeder Art haben, laufend die  
Bezirksleitung des Verbandes sozialer Baubetriebe G. m.  
b. H., Bezirk Hessen, Frankfurt a. M., Alsterheiligenstr. 89,  
zu unterrichten.

**Bauarbeiter-schutz in Neumünster.** Die Bauarbeiter-  
schutzkommission in Neumünster versucht regelmäßig alle  
Monat eine Revision der Baustellen in bezug auf die  
Durchführung der Arbeitsschutzvorschriften vorzunehmen.  
In den sofort schriftlich abgefaßten Revisionsberichten  
werden die vorgefundenen Mängel näher bezeichnet oder  
konstatiert, daß Anlässe zu Beanstandungen nicht vorge-  
funden worden sind. Aus diesen Berichten geht mit Deut-  
lichkeit hervor, daß bei einer guten und regelmäßigen  
Kontrolle eine Besserung in bezug auf den Bauarbeiter-  
schutz zu erreichen ist. Diese Besserung ist um so erstre-  
blicher, als ja vor 2 Jahren in Neumünster der Einsturz  
eines Neubaus mit Todesfolge eines Kollegen die Bau-  
arbeiter entsprechend aufgerüttelt hat. Seit der Durch-  
führung dieser Kontrolle sind die Unfälle auf ein Minimum  
zurückgegangen, was anderen Bauarbeitern zur Nach-  
ahmung nur dringend empfohlen werden kann.

### Gewerbliches

Eine Erhebung über die Dauer der Arbeitszeit. Vor  
kurzem veröffentlichte der DGB, das Ergebnis einer  
Statistik über die Arbeitszeit in sieben der wichtigsten  
Industrien Deutschlands. Die Erhebung wurde in der Woche  
vom 25. bis 30. April 1927 vorgenommen und soll im Herbst  
dieses Jahres wiederholt werden, um die Wirkung der  
Arbeitszeitverordnung festzustellen. Die Untersuchung be-  
zog sich — ebenso wie die beiden früheren vom Jahre 1924  
— auf die tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden pro Woche  
(also inkl. Ueberstunden) in folgenden Industriezweigen:  
Baugewerbe, Buchdruckgewerbe, Holzgewerbe, Che-  
mische Industrie, Metall-, Schuh- und Textilindustrie. Er-  
faßt wurden diesmal 57 895 Betriebe mit 2 533 147 Ar-  
beitern gegen 51 166 Betriebe und 2 362 820 Arbeiter im  
November 1924. Der Umfang ist also beträchtlich größer  
als der der letzten Statistik des Reichsarbeitsministeriums  
(etwa 750 000); allerdings konnten auch hier wichtige Wirt-  
schaftszweige mit besonders langer Arbeitszeit, wie zum  
Beispiel Kohlen-, Erz- und Kalibergbau nicht berücksichtigt  
werden. Trotzdem ist diese Arbeit außerordentlich wert-  
voll und gibt die besten Aufschlüsse über die Beschäfti-  
gungszeit der ganzen deutschen Arbeiterschaft, die wir  
überhaupt haben. Dieses Urteil wird noch mehr zutreffen,  
wenn die Untersuchungen im Herbst, wie geplant, wieder-  
holt werden. Das Hauptergebnis der diesjährigen Statistik  
ist folgendes: Von allen Erfaßten waren noch 4,6 % Kurz-  
arbeiter. 6,3 % arbeiteten unter 48 Stunden, 41,1 % 48  
Stunden, 10,5 % 48 bis 51 Stunden, 25,2 % 51 bis 54  
Stunden und 12,3 % über 54 Stunden. Vergleicht man  
die letzte Erhebung mit derjenigen vom November 1924,  
so ergeben sich verschiedene wichtige Verschiebungen. Vor  
allem ist die Prozentzahl der Kurzarbeiter gesunken, näm-  
lich von 9,3 auf 4,6 %. Diese Besserung des Beschäfti-  
gungsgrades hat aber keineswegs auch eine entsprechende  
Besserung in den Arbeitszeitverhältnissen der Vollarbeiter  
mit sich gebracht. Der größere Teil ist der Gruppe der  
über 48 Stunden Beschäftigten zugeflossen (deren Prozent-  
zahl stieg von 45,4 auf 48,0 %), der kleinere der bis zu  
48 Stunden Beschäftigten. Eine bedeutende Verschlechterung  
trat insofern ein, als die Zahl der über 54 Stunden  
Arbeitenden sogar von 10,7 % im November 1924 auf  
12,3 % im April 1927 gestiegen ist. Betrachtet man die  
verschiedenen Industriezweige gesondert, so ergibt sich, daß  
die Textil- und die Metallarbeiter die schlechtesten Ar-  
beitszeitverhältnisse aufweisen. Ueber drei Viertel aller  
Textilarbeiter arbeiteten in der Berichtszeit über 48 Stun-  
den, von den Metallarbeitern 57,2 %. Von diesen letzteren  
arbeiteten sogar 21,3 % über 54 Stunden, eine Prozent-  
zahl, die von keinem anderen Beruf auch nur annähernd  
erreicht wird. Dies traurige Resultat wurde durch die  
besonders schlimmen Ausbeutungsverhältnisse in der west-  
deutschen Schwerindustrie bewirkt, wo die Großindustrie  
vorherrschte. So arbeiteten in Rheinland-Westfalen allein  
79,2 % aller Arbeiter über 48 Stunden, davon 37,4 % über  
54 Stunden! Am besten wird der Arbeitsstandtag  
innegehalten bei den Buchdruckern, Bauarbeitern  
und Holzarbeitern; dort arbeiteten 89,0 %, bzw. 87,2 %, bzw. 82,6 % bis zu 48 Stunden in der Woche.  
Die Chemische Industrie steht etwa in der Mitte; hier  
waren 51,5 % bis zu 48 Stunden beschäftigt, dagegen  
45,5 % über 48 Stunden, davon 6,8 % über 54 Stunden.

### Wohlfel und Gerichte

Sind Meistersöhne krankenversicherungspflichtig? Ein  
im Handwerksbetriebe seines Vaters tätiger junger Mann  
wurde von der zuständigen Ortskrankenkasse als versiche-  
rungspflichtig in Anspruch genommen. Der fragliche Be-  
trieb bestand aus dem Meister, einem Gesellen und 2 Lehr-  
lingen. Der Sohn hatte seinerzeit bei dem Vater gelernt,  
war dann geraume Zeit auf Wanderschaft gegangen und  
befand sich nun wieder im Hause des Vaters, wo er haupt-  
sächlich die Kunden bediente und seinen Vater vertrat,  
wenn dieser beruflich von Hause abwesend war. In Ueber-  
einstimmung mit dem Versicherungsamt hat das Reichs-  
versicherungsamt dahin erkannt, daß der Meister-  
sohn nicht krankenversicherungspflichtig  
sei. Es entspricht den in den Kreisen des deutschen Hand-  
werks gültigen Anschauungen über die Beziehungen  
zwischen Familie und Geschäft — so heißt es in den  
Gründen —, daß der Sohn in das Geschäft seines Vaters  
nicht zu dem Zweck eintritt, um ein auf den Grundlag von  
Leistung und Gegenleistung aufgebautes Arbeitsverhältnis  
zu begründen, sondern um selbst an der weiteren Erhaltung  
des Geschäftes, das er nach dem Ableben des Vaters  
übernehmen soll, mitzuarbeiten, insbesondere um zu diesem  
Zweck sich in der Leitung des Geschäftes auszubilden und  
um die persönlichen Beziehungen zur Kundschaft aufzu-  
nehmen. Die Zuwendungen, die er von dem Vater er-  
hält, sind weniger ein Entgelt für die geleistete Arbeit, als  
vielmehr ein dem Sohne und Hausangehörigen gespendeter  
Unterhaltsbeitrag, was sich auch schon aus dem verhältnis-  
mäßig niedrigen Betrage ergibt, der nicht über die Höhe  
des in den fraglichen Kreisen üblichen Taschengeldes hin-  
ausgeht. Die Tatsache, daß der Meister auf diese Weise  
in der Lage ist, einen Arbeiter weniger zu beschäftigen, ist  
lediglich eine natürliche und selbstverständliche Begleit-  
erscheinung, die gegenüber den anderen Umständen zurück-  
tritt. Es handelt sich sonach um eine aus dem Wesen der  
Familie entstandene und darauf beruhende Betätigung,  
nicht aber um ein Lohnarbeitsverhältnis. (Reichsversiche-  
rungsamt, II. R. 10. 26. B.) Nachdruck verboten. rd.

### Vom Ausland

#### Die Arbeitsverhältnisse der Maler in den dem Sekretariat angeschlossenen Ländern.

Wollen wir uns über die Veränderungen in den  
Lohn- und Arbeitsverhältnissen der einzelnen unserm  
Sekretariat angeschlossenen Länder — mit Ausnahme  
vorläufig allerdings noch Amerikas — näher unterrichten,  
dann müssen in bestimmten Abschnitten statistische

Erhebungen veranstaltet worden. Wenn es auch möglich ist, dass, durch äussere Umstände bedingt, die Fragen verschieden aufgefasst und darum auch unterschiedlich beantwortet werden, so werden doch die jahrelang durchgeführten Erhebungen genauere Schlüsse über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse unserer Berufskollegen der einzelnen Länder zulassen. Darum geben wir schon seit Beendigung des Krieges an jedem Jahreschluss einen Fragebogen heraus, durch den versucht wird, über einige wichtige Fragen näherer Auskunft zu erhalten. So wird unter anderem Auskunft erbeten über die bestehenden Tarifverträge, die Arbeitszeit, die tariflichen Stundenlöhne, die Akkordarbeit, Lehrlingshaltung, die Streiks und Lohnbewegungen usw. Der im Dezember versandte Fragebogen liegt nunmehr ausgefüllt aus 11 Ländern vor, darunter, wie schon in den Vorjahren, aus der Tschechoslowakei wieder von den 2 dort bestehenden Verbänden. Nicht berichtet wurde von Norwegen; dem amerikanischen Bruderverband haben wir diesmal noch keinen Fragebogen zugestellt. Zum ersten Male erhielten wir Angaben vom Malerverband in Schottland.

Wie im Vorjahre, berichten auch diesmal 6 Landesorganisationen über das Bestehen eines Reichs- beziehungsweise Landestarfs. Es wurden solche gemeldet aus Dänemark, Deutschland, England, Holland, Oesterreich und Schottland. Von den früheren Erhebungen wissen wir, dass auch in Norwegen ein Landestarif besteht. In Deutschland ist man zur Zeit bemüht, die neben dem Reichstarif bestehenden Landestarife für Rheinland-Westfalen und Schlesien erneut abzuschliessen, andernfalls dort den Reichstarifvertrag mit rechtswirksam zu machen, um auch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse unserer dortigen Kollegen für weitere Jahre tariflich zu regeln. Vorläufig haben sich dabei aber noch mancherlei Schwierigkeiten ergeben. Insgesamt arbeiteten 1926 unter einem Reichs- oder Landestarif in den 6 angeschlossenen Ländern, aus denen Meldungen eingingen, 96 647 Kollegen, 1925 waren es 87 862, im Jahre 1924, allerdings ohne England, 50 706 und 1923 51 783. Die Zunahme der Kollegen, die unter einem Reichs- oder Landestarif arbeiten, von der wir auch schon im Jahre 1926 berichten konnten, hat demnach weitere Fortschritte gemacht. Neben den organisierten Kollegen arbeiten unter einem Reichs- beziehungsweise Landestarif in 5 Ländern noch 27 741 Unorganisierte (1925 29 978), also fast die gleiche Zahl. Nur von Dänemark werden in diesem Zusammenhang keine unorganisierten Kollegen gemeldet.

In 5 Ländern ist für 220 Orte ein Tarif vereinbart; im Jahre 1925 wurden 170 Ortstarife gemeldet. Charakteristisch ist, daß trotz der größeren Anzahl der örtlich abgeschlossenen Tarife die Kollegenzahl, die darunter arbeitet, stark zurückgegangen ist. 1925 wurde gemeldet, daß 17 701 organisierte Kollegen unter einem Ortstarif arbeiten, diesmal sind es aber nur 12 664. Da auch die Zahl der in diesen Orten beschäftigten Unorganisierten von 6250 auf 2635 zurückgegangen ist, werden für die Verminderung der Kollegenzahl in diesen Orten bestimmte Gründe vorhanden sein müssen, die vielleicht in der Wirtschaftslage und in den Konjunkturverhältnissen des Malergewerbes zu suchen sind. In sechs angeschlossenen Ländern bestehen nur Ortstarife, in Dänemark nur ein Landestarif; alle andern berichtenden Länder weisen neben Reichs- oder Landes- auch Ortstarife auf.

In 67 Orten (meist gleichbedeutend mit Lohn- oder Wirtschaftsgebiet), in denen Verbandsmitglieder wohnen, konnte noch kein Tarif abgeschlossen werden. Die Orte verteilen sich auf die verschiedenen Länder folgendermaßen: In Deutschland sind es 10, in Finnland 6, Holland 7, Schweden 2, in der Schweiz 31, in der Tschechoslowakei 2 und in Ungarn 9 Orte.

Die Arbeitszeit hat sich seit 1926 kaum geändert; nur in der Schweiz scheint eine Verschlechterung eingetreten zu sein. Von dort wurde für 1925 eine tägliche Arbeitszeit von 8½ Stunden und eine wöchentliche Arbeitszeit von 47½ Stunden gemeldet. Diesmal wird die tägliche Arbeitszeit mit 9 Stunden und die wöchentliche mit 48 bis 52 angegeben. Eine neunstündige Arbeitszeit besteht ausserdem nur noch in Ungarn; es scheint aber, als wenn am Sonnabend weniger gearbeitet wird; denn die Wochenstundenzahl beträgt nur 50. In Schweden und England wird täglich 8½ Stunden gearbeitet, in Schweden wöchentlich aber 48, in England nur 46½ Stunden. In 6 Ländern, Dänemark, Deutschland, Finnland, Oesterreich, Schottland und in der Tschechoslowakei, ist die tägliche Arbeitszeit 8 Stunden, die wöchentliche in der Regel 48 Stunden, nur in Finnland beträgt sie 46½, in Schottland gar nur 44 Stunden. In England wird am Sonnabend nur 4 Stunden gearbeitet. Nachdem es, besonders auch in Deutschland, wo die Arbeitszeit heiss umkämpft wird, immer wieder gelingt, den Achtstundentag in unserm Gewerbe zu erhalten, ist wohl damit zu rechnen, dass er sich immer weiter durchsetzen, und wo er besteht, mehr festigen wird.

Die Löhne unserer Berufskollegen sind in den berichtenden Ländern ebenfalls ziemlich stabil geblieben. Ein Vergleich der Summen untereinander ist aber der verschiedenen Währung und Kaufkraft wegen nicht möglich. In Dänemark beträgt der tarifliche Stundenlohn 1,44 Kr. in Deutschland 80 ¢ bis 132 ¢, je nach der Grösse und der Teuerung des Ortes, in England 1 Schilling 8 Pence, in Finnland 10 bis 12 Finnenmark und in Holland 75 cts. In Oesterreich sind die Löhne etwas höher als in Deutschland; sie liegen hier zwischen 1,30 und 1,60 M. Schottland hat die gleichen Löhne wie England, Schweden 1,60 bis 1,70 Kr., die Schweiz 1,80 Fr. Die Prager Organisation meldet für die Tschechoslowakei einen Stundenlohn von 4 bis 7,20, die Organisation mit dem Sitz in Reichenberg 4,85 Kronen. In Ungarn sind die Löhne nominell weitaus am höchsten; dort werden 11,500 Kronen für die Stunde bezahlt, doch lässt das keine Schlüsse auf die Lebensverhältnisse der Kollegen

# FACHBLATT DER MALER

**ZEITSCHRIFT ZUR FÖRDERUNG DER HANDWERKLICHEN WERTARBEIT IN FARBE, FORM UND RAUM**

**Anregungen, Belehrungen in Wort und Bild. Fachtechnik, Materialkunde. Der sichere Weg zur künstlerischen Form in Farbe und Raum**

**Monatlich 1 Heft mit starkem Textteil u. 7 oder mehr farbig. Tafeln. Illustrationen. Beilage mit Meinungsaustausch und fachtechnischen Mitteilungen**

**Bestellungen nehmen unsere Filialverwaltungen entgegen!**

zu. Wir wissen aus der Inflationszeit in Deutschland, daß die größte Verelendung bestand, als wir scheinbar die höchsten Löhne erhielten. In Deutschland konnte in den letzten Wochen durch Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und -nehmern eine Lohnerhöhung zwischen 5 und 10 % für die Stunde erreicht werden.

Die gemachten Angaben über die Löhne der Maurer, Zimmerer, Bautischler und Bauschlosser lassen erkennen, dass zwischen diesen und den Löhnen unserer Berufskollegen keine grossen Spannungen bestehen. Etwas höher ist der Stundenlohn der Maler als der erwähnten Berufe in Dänemark, Finnland, Oesterreich, Schweden, der Schweiz und Ungarn; niedriger ist er zum Teil in Deutschland, Holland und der Tschechoslowakei. Ein Vergleich der Löhne mit denen, wie sie für 1914 angegeben werden, zeigt in allen Ländern eine grosse Steigerung, teilweise über 10 %, doch lässt diese noch keine Schlüsse auf die Lage der Kollegenschaft zu. Die Tatsache, dass die Löhne in allen Ländern stiegen, zeigt, dass es sich um eine Erscheinung internationalen Charakters handelt, bedingt durch die Verteuerung der gesamten Lebenshaltung.

Die Frage, ob viel in Akkord gearbeitet wird, wird von Dänemark, Schweden und von beiden Verbänden in der Tschechoslowakei mit ja beantwortet. Etwa 80 % der Arbeit soll in Holland im Akkord hergestellt werden. Von Finnland und Deutschland wird berichtet, dass wenig Akkordarbeit geleistet wird. Nicht in Akkord gearbeitet wird in England, Oesterreich und der Schweiz. Von Schottland liegen darüber keine Angaben vor.

Auf Ferien haben die Kollegen tariflich Anspruch in Deutschland, Finnland und der Tschechoslowakei, gesetzlich stehen ihnen Ferien zu in Oesterreich. Hier erhalten die Kollegen nach einjähriger Beschäftigung 5 Tage, nach fünfjähriger Beschäftigung 14 Tage Urlaub. Ungarn berichtet, daß in wenigen Fällen Ferien gewährt werden; in den andern berichtenden Ländern gibt es keine. Auf diesem Gebiete stehen die Organisationen noch vor grossen Aufgaben.

Das gleiche trifft zu für die Lehrlingshaltung. Eine tarifliche Regelung der Lehrlingsentschädigung ist erst in Finnland und Schweden erfolgt. In Oesterreich regelt eine paritätisch zusammengesetzte Kommission die Lehrlingsangelegenheiten, und auch in Deutschland sind erst geringe Ansätze für eine tarifliche Regelung vorhanden. In 7 Ländern sind die Lehrlingsverhältnisse bisher in keiner Weise geordnet. Die Dauer der Lehrzeit ist in den berichtenden Ländern ausserordentlich verschieden, sie schwankt zwischen 3 und 5 und mehr Jahren. 3 Jahre lernen die Lehrlinge in der Schweiz, der Tschechoslowakei und Ungarn, 3 bis 4 Jahre in Oesterreich und Deutschland, 4 Jahre in Finnland und Schweden, in Dänemark 4 bis 5 und in England 5 und über 5 Jahre. In Deutschland liegt jetzt das schon lange angekündigte Gesetz zur Berufsausbildung im Entwurf vor, das aber nur in geringem Masse den Wünschen der Arbeitnehmer Rechnung trägt und um das darum in den kommenden Monaten heftige Kämpfe entbrennen werden.

Die Zahl der in Lackierereien und Industriebetrieben beschäftigten organisierten Kollegen, Lackierer und Maler, ist gegenüber 1925 von 9704 auf 11573 gestiegen. Im einzelnen werden folgende Ziffern angegeben: Von Dänemark 636, Deutschland 6137, Holland 2500, Oesterreich 640, der Schweiz 70, der Tschechoslowakei 1240 und Ungarn 350. In Deutschland ist, eine Folge der Krise in der Industrie, die Zahl der Lackierer von 7359 auf 6137 zurückgegangen; es scheint aber, als wenn jetzt eine langsame Besserung eintritt.

Streiks und Aussperrungen gab es in den berichtenden Ländern im letzten Jahre 49, Lohnbewegungen wurden 160 durchgeführt; daran waren 48 958 Kollegen beteiligt. In diesen Ziffern ist die englische Organisation nicht einbegriffen. Diese gab anlässlich des grossen Bergarbeiterkampfes rund 10 000 Pfund oder 200 000 M. aus. Der deutsche Verband leistete hierzu ausser den auch anderwärts veranstalteten Sammlungen 25 000 M.

Die hier gemachten statistischen Feststellungen bieten bei genauem, vergleichendem Studium, in Verbindung mit unsern sonstigen Materialien praktisch recht gut verwertende Unterlagen. Für die nächste Zeit wird eine eingehende und sehr umfassende Erhebung über die Berufs- und Arbeitsverhältnisse vorbereitet.

## Verschiedenes

**Beschaffung von Fahrrädern.** Die Verlags-Gesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat der Lindcar-Fahrradwerk Aktiengesellschaft, die bekanntlich ein Unternehmen der Bank Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G. ist, einen Lieferungsvertrag auf Fahrräder abgeschlossen. Dadurch ist Mitgliedern der im ADGB. zusammengeschlossenen Werkstätten, wozu auch unser Verband gehört, Gelegenheit geboten, Qualitätsfahrräder zu wirklich günstigen Bedingungen und Preisen zu beziehen. Die Arbeiter haben die Verpflichtung übernommen, für unsere Kollegen den Kaufpreis für je ein Fahrrad an die Lindcar-Fahrradwerk Aktiengesellschaft zu verauslagen. Die Raten werden daher ohne jede Anzahlung abgegeben. Die Raten sind in wöchentlichen Raten von 3 M. monatlichen Raten von 12 M. an die Arbeiter zurückzuführen. Die Raten sind vertragsgemäss so niedriger gehalten, damit jeder Erwerbstätige durch Erparnis ein gutes Fahrrad erwerben kann. Die Lindcar-Fahrradwerk Aktiengesellschaft stellt 14 verschiedene Fahrradmodelle her, denen allen der an vorbildlich schönem Bau, der spielend leichte Lauf und das gefällige und schöne Aussehen gemeinsam ist. Die Preise bewegen sich zwischen 112 und 155 M. An erster Stelle sind die bekannten Tourenräder zu nennen, welche die geübten Fahrer für die Berufstätigkeit sind. Der Preis beträgt für ein Herrenrad, das als Innenbügel- und Außenbügelmaschine hergestellt wird, 115 M. für das Damenrad 120 M. Bestellungen auf Lindcar-Fahrräder nehmen die Ortsauschüsse des ADGB. entgegen, bei denen auch Bestellformulare und Kataloge erhältlich sind. Der Versand der Räder erfolgt verpackungs- und frachtfrei direkt ab Fabrik an die Adresse des Bestellers. Wir empfehlen den Kollegen, die ein Fahrrad zu erwerben wünschen, dem Vertrag weitestgehend Gebrauch zu machen.

## Literarisches

**Grundfragen des Arbeitsrechtes.** Fünf Vorträge von Hugo Einbelder, Georg Flatau, Heinz Wothhoff, Clemens Koppel, Luz Richter. Herausgegeben von Gertrud Berner, 66 Seiten. 1927. Berlin, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, G. m. b. H., 1,80 M. Die Broschüre will den Zusammenhang zwischen der gewerkschaftlichen arbeitsrechtlichen Praxis und der Wissenschaft herstellen. Nach einer allgemeinen Einleitung von Einbelder, die in der Welt und die Grundprobleme des Arbeitsrechtes einführt, handelt Flatau von der geschichtlichen Entwicklung und dem heutigen Stand des Arbeitsrechtes, Wothhoff von der Arbeiterorganisation und der Gewerkschaften. Ein Schlusskapitel von Luz Richter ist der Praxis des arbeitsrechtlichen Unterrichtes gewidmet. Dieser reichhaltigen Zusammenstellung bietet die Broschüre den Gewerkschaftler reiche Belehrung; gemeinverständliche Ausdrucksweise macht sie auch einem weniger geschulten Gewerkschaftler zugänglich.

Das Protokoll vom 12. Teiltag ist soeben im Verlag Berlin SW. 68 erschienen. Es enthält die fotografischen Aufnahmen der Verhandlungen des 12. Teiltages der Frauenkonferenz; auch das Agendaprogramm ist ihm beigegeben. Ein umfangreiches Sachregister, dazu ein alphabetisch geordnetes Verzeichnis der Besprechungen, die die Besprechungen des Protokolls ist zu befragen, denn noch sind die bedeutungsvollen Verhandlungen in frischer Erinnerung. Sie sind in der ausführlichen Form der stenographischen Aufnahmen gern nachzulesen oder dienen in den Parteimitgliederversammlungen als Grundlage zur Ausführung und Belehrung. Das Protokoll umfasst 376 Seiten und kostet gebunden in 3 Bänden 3,60 M., broschiert 2,60 M. Es ist zu beziehen durch den Parteibuchhandel und durch den Verlag S. S. W. Dieb. Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.

„Die Gemeinde.“ Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land. Sie ist unentgeltlich für alle in den Gemeinden wirkenden Genossen und Genossinnen und kann zu Preise von monatlich 90 ¢ durch alle Postanstalten und Buchhandlungen oder direkt durch den Verlag S. S. W. Dieb. Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, bezogen werden.

„Verdrängte Eben.“ Eine in A. Hoffmanns Verlag, Berlin, Wilmersdorf 22, neu erscheinende Reihe von Kulturwissenschaften bringt als erste Nummer die Darstellung des Eberich von dem Genossen Rechtsanwalt Dr. Baer verfasste Schrift im Hinblick auf die kommenden Reichstagsverhandlungen über die Ehegesetzreform besonders bemerkenswert. Auf der Grundlage der Darstellung des geltenden Rechtes wird der Antrag unserer Partei behandelt und erläutert. Die Fragen, die die Ehe sind so wichtig, daß sie jeder auch um die rechtliche Voraussetzungen bekümmern sollte. Er wird in dieser Schrift (Preis 20 ¢) auf tiefsten Umfang erschöpfende Antworten in Kulturwissenschaften. 1927/VL. Utopia - Zukunftsländer. Die Schrift ist dadurch besonders wertvoll, daß es neben einem interessanten Überblick über die Zukunftsliteratur die reaktionären Tendenzen der utopischen Literatur aufzeigt. An grundlegenden Beiträgen seien besonders hervorzuheben: Friedrich Weyls Sozialisierung als verwirklichte Utopie, Klaus Herrmanns Utopische Romane, O. Janssens: Jad London als Utopie, E. Gagerrechts: Möglichkeiten eines Zukunftsfilmes, Friedrich Weyls Kommunistiche Experimente, Gerhard Wohl: Utopische Literatur - reaktionäre Literatur, Bruno Laut: Utopie, Brücke und Gebirge aus Werken von Bellamy, Engels, Deutscher, Walt Whitman, Anatole France usw., sowie eine Reihe von hundert Bildbeigaben machen das Heft überaus lebendig und lehrreich. Jeder kulturell interessierte Hand- und Kopiarbeiter sollte den „Kulturwillen“, der zu den besten Bildungszeitung der Gegenwart gehört, beziehen. Jährlich 2,40 M. Probeummern kostenlos vom Verlag: Arbeiterbildungs-Zentrum, Leipzig C. 1, Braustraße 17.

Vom 3. bis 9. Juli ist die 27. Beitragswoche.

## Sterbetafel

Frankfurt a. d. O. Am 12. Juni starb nach längerer Krankheit an Darm- und Magenleiden unser langjähriger Mitglied, Kollege Georg Herold im Alter von 57 Jahren.

Ehre seinem Andenken!